

Aus der Weltkirche

Von Norbert Miko, Linz-Salzburg

I. Enzyklika „Mater et Magistra“

Die anlässlich des 70. Jahrestages der Enzyklika „Rerum novarum“ angekündigte Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII. ist mit einiger Verspätung am 14. Juli 1961 erschienen, trägt aber das Datum des Jubiläumstages des Sozialrundschreibens Leos XIII., des 15. Mai.

Die mit Spannung erwartete neue Enzyklika weist deutlich vier Abschnitte auf. Sie geht zunächst der Geschichte der katholischen Soziallehre seit Leo XIII. nach. Im zweiten Abschnitt setzt sie sich mit „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ auseinander. Entsprechend den geänderten Verhältnissen geht Johannes XXIII. weit über das hinaus, was seine Vorgänger als Richtlinien angegeben hatten. Ein Beispiel: Leo XIII. forderte für die Industriearbeiterschaft das Recht, sich organisieren zu dürfen, um auf die Löhne Einfluß zu nehmen. Die Beteiligung katholischer Arbeiter an neutralen Gewerkschaften wurde aber nicht in Betracht gezogen. Pius XI. erlaubte die Teilnahme auch an neutralen Arbeiterverbänden. Johannes XXIII. nun tritt für die Mitbestimmung der Arbeiterschaft nicht nur auf dem Lohnsektor, sondern auch im Unternehmen als solchem ein. Die Haltung bezüglich der neutralen Gewerkschaften hat sich nicht geändert. Die Eigentumsbildung soll durch Anteile der Arbeiter an den Betrieben vorangetrieben werden. Der Staat als Eigentümer von Unternehmungen wird nicht abgelehnt, aber die Grenze dort gesetzt, wo er über seine Aufgabe als regulierendes und kontrollierendes Organ hinaus den Einzelmenschen und dessen Initiative erdrücken würde. In den Worten des Papstes treten also zahlreiche Ansichten zutage, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den westeuropäischen Ländern, besonders in Deutschland und Österreich, von den politischen Bewegungen auf christlicher Ebene verfochten und zum großen Teil auch durchgesetzt worden sind. Kurz gesagt, es ist die gemischte Wirtschaft, die der Papst propagiert: Bejahung des Privateigentums, auch an Produktionsmitteln; Einschaltung des Staates, um Auswüchse zu verhindern; breite Eigentumsstreuung.

Johannes XXIII. geht in „Mater et Magistra“ aber weit über diese Fragen hinaus. Es wird aus der Enzyklika erkennbar, daß man die Zeit für vergangen hält, in der man dem Problem der Industriearbeiterschaft das fast alleinige Interesse widmete. Es ist ja längst nicht mehr das soziale Hauptproblem. Die Not liegt heute anderswo: in den Ländern mit hohem Lebensstandard, wie zum Beispiel in Europa bzw. in den von der weißen Rasse bewohnten Teilen der Erde, ist es die Landwirtschaft, die wegen ihres minderen Einkommens und der Überanstrengung der besonderen Sorge bedarf. Dann sind die sogenannten „unterentwickelten Länder“ in den Blickpunkt gerückt. Auch hier dreht es sich bei der Industriearmut dieser Gebiete meist um ein landwirtschaftliches Problem. Dazu kommt hier noch die relative oder absolute Übervölkerung, die zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt.

Der Papst fordert für die Landwirtschaft Hilfsmaßnahmen finanzieller, technischer, aber auch kultureller Art. Die ungleichen Eigentumsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft sollen durch eine Umschichtung ausgeglichen werden. Die Hilfe für die „unterentwickelten Länder“ soll ein weltweites Ausmaß haben. Dabei soll unter allen Umständen die Entstehung neuer Abhängigkeiten bzw. eines neuen Kolonialismus verhindert werden. Bei dieser Gelegenheit kommt der Papst auch auf das Problem der Übervölkerung zu sprechen. Er lehnt aus naturrechtlichen Gründen die Anwendung der künstlichen bzw. technischen Geburtenbeschränkung ab und verweist auf die noch vorhandenen wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, vor allem aber auch auf eine bessere Verteilung der Schätze dieser Erde. Die Enzyklika „Mater et Magistra“ betont aber, mehr als „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“, das seelsorgliche Moment: die Soziallehren der Kirche sind mehr als Objekte für theoretische Auseinandersetzungen. Sie sollen im praktischen Leben angewendet werden.

Der Abstand vom Erscheinen der Enzyklika an ist noch zu kurz, um schon einen Bericht über die Aufnahme in der Weltöffentlichkeit geben zu können. Das eine kann aber schon jetzt gesagt werden: die Enzyklika „Mater et Magistra“ wird in katholischen wie nichtkatholischen, in Arbeiter- und Unternehmerkreisen lebhaft diskutiert. Mag die Problemlage in den einzelnen Ländern auch verschieden sein, die Stoßrichtung der katholischen Sozialbewegung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird zweifellos nach zwei Richtungen gehen: nach der Seite der Landwirtschaft und nach der Seite der „unterentwickelten Länder“. Es muß verhindert werden, daß neue versklavte und ausgebeutete Schichten entstehen.

II. Konzilsvorbereitungen

Außer der Komplettierung der Kommissionen (so wurde zum Beispiel der Erzbischof von Agram, Seper, in die Zentralkommission berufen) ist über den Fortgang der Konzilsvorbereitungen wenig zu melden. Hingegen macht sich außerhalb des Konziles, vor allem in publizistischen Kreisen, ein immer größeres Interesse bemerkbar. Ungefähr zur gleichen Zeit fanden an mehreren Orten Tagungen statt, die sich mit dem Konzil beschäftigten und insbesondere die Mitarbeit der Laien und die Rolle der Publizistik zum Gegenstand hatten.

Am 4. und 5. Mai 1961 wurde in Würzburg die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken abgehalten. Hier sprach Karlheinz Schmidthüs über das Thema: „Auf dem Wege zum Konzil. Was dürfen wir vom Konzil erwarten?“ Der Redner wies vor allem auf zwei Hauptpunkte hin: auf die Notwendigkeit, daß sich die Kirche den geänderten Verhältnissen anpasse und für die Zeitnotwendigkeiten zurüste, und auf die Möglichkeit, daß dieses „aggiornamento“, wie der Heilige Vater selbst sagte, eine sanfte Einladung an die getrennten Brüder werden könnte, in die gemeinsame Herde zurückzukehren. Schmidthüs trat für eine stärkere Beteiligung der Laienwelt an den Vorbereitungsarbeiten des Konzils ein, sowie für eine bessere Pflege der öffentlichen Meinung.

Ähnliche Themen kamen auf einer Journalistentagung auf Schloß Seggau in der Steiermark zur Sprache (11. bis 13. Mai 1961). Besondere Beachtung fand ein Referat von P. Sartory O.S.B., Niederaltach-Rom, über das Thema: „Konzil und Ökumene“. Der Grundgedanke war: das Bischofsamt müsse „aufgewertet“ werden. Vieles von dem, was die Bischöfe der Minderheit auf dem Ersten Vatikanum erstrebt und erbeten hatten, daß nämlich das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit so formuliert werden möchte, daß zum Ausdruck komme, die päpstliche Vollgewalt werde in Verbindung mit dem apostolischen Bischofsamt ausgeübt, also in der organischen Beziehung zur kollegialen Gemeinschaft der Bischöfe, ist also nun für das Zweite Vatikanische Konzil aktuell geworden. Der lokalen Kirche soll wieder größere Bedeutung zukommen. Damit wird auch das unbestimmte Empfinden, die römische Kirche sei eine absolute Monarchie, beseitigt. Das wird den Brückenschlag nach der Seite der Ostkirche erleichtern. Andererseits wird die biblische Theologie, die die Neuorientierung in der Lehre von der Kirche ermöglicht hat, bessere Verbindungen zum Protestantismus schaffen können. Univ.-Prof. Dr. Gruber, Graz, hielt ein kirchenhistorisches Referat: „Vom Ersten zum Zweiten Vatikanum“. Otto Schulmeister, Wien, sprach über das Thema: „Laien zum Konzil“. In diesem Referat kam wieder der Wunsch nach größerer Heranziehung der Laien zu den Arbeiten des Konzils zur Sprache: die Integration der Laien in die Kirche sei geradezu die Voraussetzung, daß die Kirche für die Mission in der Welt von morgen gerüstet sei . . . Was die Vorbereitung des Konzils betrifft, müsse man sich fragen, ob es denn einsichtig und vernünftig sei, daß man die Laien, die aus ihrer täglichen Arbeit die Probleme des Lebens kennen, nicht als Fachleute solcher Weltkenntnisse in den vorbereitenden Kommissionen zu Rate ziehe. Es würden keine Rechte verletzt werden, wenn sich die Kirche das Wissen, den Erfahrungsschatz und die Liebe der Laien zu ihrer Kirche zunutze machen würde. Es wäre ein großer Gewinn, wenn die Journalisten in die Lage versetzt würden, die katholische Weltöffentlichkeit über die Probleme des Konzils und den Stand der Vorbereitungen auf dem laufenden zu halten und so die öffentliche Meinung in den Dienst des Konzils zu stellen.

Die Forderung nach besserer Information der Öffentlichkeit wurde noch von anderer Seite erhoben. So verlangt Frans Oudjans in einem sehr ernstem Aufsatz: „Das Konzil und die öffentliche Meinung“ in der katholischen niederländischen Zeitschrift „De Maand“ eine authentische Information der Weltpresse, um zu verhindern, daß deren Berichterstattung aus dem Konzil ein Objekt von Sensationen mache, die es in der Weltöffentlichkeit um seine Wirkung bringen könnten. Otto B. Roegele erinnert im „Rheinischen Merkur“ an das Beispiel des Ersten Vatikanischen Konzils, wo sich durch falsche Geheimnistuerei zwischen dem Konzil und der Weltöffentlichkeit eine Atmosphäre der Verdächtigungen, Spekulationen und ungeglaubten Dementis zusammengeballt habe. Otto Mauer endlich erinnert in „Wort und Wahrheit“ an ein Wort Pius' XII., „daß der Kirche etwas fehlen würde, wenn ihr die öffentliche Meinung fehlte“.

Es ist interessant, diese Stimmen führender Theologen und bekannter Publizisten zu studieren. Ein himmelhoher Unterschied zu den Präludien des Ersten Vatikanischen Konzils! Auch dort, wo Kritik geübt wird, spürt man die Liebe zur Kirche heraus und ist es nicht ein Ausdruck von Dünkel und Arroganz. Umgekehrt hat sich auch die Haltung der offiziellen kirchlichen Kreise geändert. Vor 90 Jahren wären zum Beispiel Worte und Vorschläge, wie sie etwa P. Wilhelm de Vries S. J. in einem Vortrag, den er am 5. März 1961 in Rom hielt und später in Wien und anderen österreichischen Städten wiederholte, undenkbar gewesen. Der Vortrag,

dessen Grundgedanken sich auch in der Schrift „Wegbereitung zur Einheit der Christen aus ostkirchlicher Sicht“ finden, hat zum Grundtenor, daß man die Grundsätze des Florentiner Unionskonzils auch zur Beseitigung der reformatorischen Trennung anwenden könnte und sollte. De Vries sagt in seinem Vortrag klipp und klar, daß die überbetonte Einheitskirche das größte Hindernis für die Einheit der Kirche sei.

III. Tod zweier Kardinäle

Innerhalb weniger Tage wurde das Kardinalskollegium zweier seiner profiliertesten Mitglieder beraubt: des Kardinalstaatssekretärs Tardini und des Kardinals Canali, Großpäpöntientiar und Präsidenten der Päpstlichen Kommission für die Città del Vaticano.

Kardinalstaatssekretär Domenico Tardini starb am 30. Juli 1961 in Rom an einer Herzkrankheit, an der er schon seit längerer Zeit litt und die ihn schon 1960 bewogen hatte, den Heiligen Vater um seine Entlassung zu bitten. Auf dringende Bitte des Papstes blieb er jedoch im Amte. Der Verstorbene war am 29. Februar 1888 in Rom geboren, studierte am Päpstlichen Römischen Seminar „Apollinare“ und wurde 1912 zum Priester geweiht. 1921 trat er als Minutant in den Dienst des Staatssekretariates und wuchs unter der Leitung des Staatssekretärs Gasparri in die päpstliche Diplomatie hinein. Am 8. Juni 1929 wurde er „Sottosegretario“ der Kongregation für die außerordentlichen Angelegenheiten, am 17. Dezember 1937 deren Sekretär. Im November 1952 ernannte ihn Pius XII. zum Prostaatssekretär. Als solcher übte er zusammen mit dem jetzigen Erzbischof von Mailand, Kardinal Montini, maßgeblichen Einfluß auf die Politik der Kirche aus. Johannes XXIII. ernannte ihn kurz nach seiner Wahl zum Staatssekretär und erhob ihn im Konsistorium vom 15. Dezember 1958 zum Kardinal.

Stärker hervorgetreten ist Tardini unter Pius XII. in der Frage der französischen Arbeiterpriester und als Staatssekretär bezüglich der italienischen Innenpolitik, als er sich voriges Jahr sehr dezidiert gegen eine „Apertura a sinistra“, eine Koalition der Christlichen Demokraten mit den Nennsozialisten ausgesprochen hat.

Persönlich war der Verstorbene ausgezeichnet durch reiche intellektuelle Gaben, ein großes Gedächtnis und eine peinlich genaue Pflichterfüllung. In seiner Lebensführung von großer Einfachheit, vermachte er sein Barvermögen einem Waisenhaus, nachdem er schon früher aus eigenen Mitteln den Karmelitenkonvent von Vetralla (50 km von Rom entfernt) wieder errichten hatte lassen. Hier fand Tardini auch seine letzte Ruhestätte.

Kardinal Nicola Canali (gestorben am 3. August 1961) war geboren am 7. Juni 1874 in Rieti, studierte in Rom Theologie und wurde im Jahre 1900 zum Priester geweiht. Als Mitarbeiter des Konklavesekretärs Merry del Val wohnte Canali dem denkwürdigen Konklave bei, aus dem am 4. August 1903 Pius X. hervorging. Der verstorbene Kardinal blieb dann an der Seite Merry del Vals, auch nachdem dieser Kardinalstaatssekretär geworden war. Nach dem Tode Pius' X. und dem Rücktritte des Staatssekretärs wurde Canali Sekretär der Zeremonialkongregation. Als solcher hatte er, besonders unter Pius XI., die Protokolle für die zahlreichen Besuche von Fürstlichkeiten auszuarbeiten. 1926 kam Canali wieder an die Seite seines ehemaligen Vorgesetzten Merry del Val, indem er zum Assessor des Sacrum Officium ernannt wurde. Am 16. Dezember 1935 wurde Canali in das Kardinalskollegium berufen. 1939, kurz nach dem Regierungsantritte Pius' XII., wurde Canali zum Vorsitzenden der Kardinalskongregation für die Vatikanstadt ernannt. Als solcher hatte er besonders während des zweiten Weltkrieges mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. 1941 Großpäpöntientiar, 1948 Großprior des Malteserordens, 1950 Großmeister des Ritterordens vom Heiligen Grabe, waren weitere Stufen auf der Leiter seiner Laufbahn. 1956 ernannte ihn Pius XII. noch zum päpstlichen Legaten für die Kirche Santa Maria Maggiore. Ein letztes Mal trat der nun Verstorbene vor die ganze Weltöffentlichkeit, als er an jenem denkwürdigen Abend des 28. Oktober 1958 in seiner Eigenschaft als erster der Kardinaldiakone das „Annuntio vobis gaudium magnum — habemus Papam“ feierlich von der Loggia der Peterskirche sang. Mit Kardinal Canali ist ein Stück Kirchengeschichte ins Grab gesunken.

Im selben Alter wie Kardinal Canali starb am 6. August der Primas von Belgien und Erzbischof von Mecheln, Josef Ernst Kardinal van Roey. Der Verstorbene hatte sich besonders während des zweiten Weltkrieges durch Mut gegenüber den Nationalsozialisten ausgezeichnet.

IV. Seelsorgliche Probleme

Die Kirche sieht sich heute in fast allen Ländern großen Problemen gegenüber. Verhältnisse, die Jahrhunderte lang stabil geblieben waren, kommen heute ins Gleiten. Daher sehen sich die Bischöfe in ihren Diözesen oft den gleichen Schwierigkeiten gegenüber wie die Gesamtkirche.

Auch sie müssen versuchen, sich an die geänderte Lage anzupassen. Das Wie ist hier und dort verschieden.

Der Bischof von Metz zum Beispiel plant nach einer gründlichen Bestandsaufnahme eine Umstrukturierung seines Bistums. Die soziale Umschichtung erfordert eine größere Beweglichkeit, als sie das strenge Pfarrprinzip ermöglicht. Die größere Beweglichkeit und Einsatzfähigkeit des Klerus soll erreicht werden durch den Ausbau der Dekanate, denen gegenüber die Pfarreien an Bedeutung zurücktreten sollen.

In Brasilien hinwieder, wo die Erschließung neuer Gebiete, der rapide Bevölkerungszuwachs, der große Priestermangel schwere seelsorgliche Probleme aufwerfen, ist man von kirchlicher Seite dazu übergegangen, Rundfunkschulen einzurichten, eine Methode, die übrigens zuerst in Kolumbien angewendet wurde. Die brasilianische Regierung steht dem Unternehmen sehr wohlwollend gegenüber und unterstützt es.

Die schwierige Lage in Südamerika wurde auch vom Bischof von Talca, Chile, in einem Aufsatz „Kraft und Schwäche der Kirche in Lateinamerika“ offen dargelegt. Die „Abwesenheit“ der Kirche in Lateinamerika wird darin ohne Beschönigung zugegeben, jedoch auch gesagt, daß Ansätze und Chancen für eine Besserung vorhanden seien. Damit die Kirche wieder „anwesend“ werde, ist notwendig: Herstellung einer Brücke zwischen Kirche und den Bereichen der Wissenschaft und Technik; Heranbildung von Führungseliten; Bekanntmachung der katholischen Soziallehren; Förderung der apostolischen Bewegungen und ihre Ausrichtung auf die Neuordnung der Gesellschaft.

V. Die brennende Frage des Priesternachwuchses

ist nicht nur in Südamerika gegeben, sondern auch in Italien. Das mag sonderbar klingen, aber durch die Absorption vieler und oft der rührigsten Priester durch die kirchliche Zentralverwaltung ist in der Seelsorge selbst ein großer Mangel festzustellen. Italien brauchte, um das ideale Gleichgewicht zwischen Priesterzahl und Bevölkerungszahl zu erhalten bzw. wieder herzustellen, jedes Jahr wenigstens 1250 Neupriester. In Wirklichkeit steht die Hälfte davon zur Verfügung. Diese Frage war der Gegenstand einer Tagung des Päpstlichen Werkes für Priesternachwuchs (19. bis 21. April 1961). Das Hauptreferat hielt Kardinal Pizzardo, der sich ausführlich mit dem statistischen Zahlenmaterial befaßte. Papst Johannes XXIII. richtete an die Kongreßteilnehmer eine Ansprache, in der er davor warnte, sich auf unfruchtbare Klagen zu beschränken. Er empfahl besonders zwei Heilmittel: die priesterliche Lebensführung so zu gestalten, daß sie ein Anreiz für die Jugend würde, Priester zu werden, und die sorgfältige Pflege der Berufungen durch die Seelsorgspriester und vor allem durch die Seminarvorstände.

Des Interesses halber seien die Zahlen der Weltpriester angeführt, die im Sommer 1961 in den einzelnen österreichischen Diözesen geweiht wurden: Wien 24, Eisenstadt 6, St. Pölten 10, Linz 14, Graz 15, Salzburg 2, Klagenfurt 6, Innsbruck 14, insgesamt 91. In Österreich darf allerdings nicht übersehen werden, daß zahlreiche Pfarren von Klöstern und Stiften auspastoriert werden.

VI. Die Kirche in den ehemaligen afrikanischen Kolonien

Die Kongokrise hat die Frage nach der Wirksamkeit der katholischen Missionen laut werden lassen. Galt doch gerade Belgisch-Kongo als Musterkolonie und ist doch gerade in diesem Gebiete die Katholikenzahl so hoch wie kaum in einem anderen afrikanischen Gebiete. So sonderbar es klingen mag, gerade die starken katholischen Kräfte haben neben anderen Ursachen, die in der Wirtschaft zu suchen sind, das Ihre dazu beigetragen, daß sich das Land nicht voll in die Arme des heidnischen Nationalismus geworfen hat. Die Auseinandersetzungen zeigen, daß ein echtes Ringen um die Seele Afrikas im Gange ist. Die Kirche ist also tatsächlich schon gegenwärtig.

Es ist tröstlich zu sehen, daß in allen ehemaligen Kolonien, die nun frei geworden sind, einheimischer Klerus da ist, daß zahlreiche Diözesen von einheimischen Bischöfen regiert werden, daß Afrika auch einen Vertreter im Kardinalskollegium hat. Das für die Zukunft Entscheidende aber ist: die Missionen haben ein dichtes Netz von Schulen errichtet. Diese Schulen weisen Schülerzahlen auf, die weit über dem prozentuellen Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung liegen. So sind in Ruanda-Urundi 43,8 Prozent der Bevölkerung katholisch, aber 91,6 Prozent aller Schüler besuchen katholische Schulen. Im Kongostaat (Léopoldville) sind die Verhältniszahlen 32,1:71,1, in Kamerun 19,5:67,2, in Ghana 10,5:32,0, im Kongostaat (Brazzaville), der Zentralafrikanischen Republik und Tschad 10,4:56,7, in Mozambique 5,7:96,4, in Westafrika 3,4:46,7, in Kenia 10,7:43,9, um nur einige Zahlen zu nennen. Allerdings beziehen sich diese Zahlen auf die Volksschulen. Das höhere Schulwesen ist leider zurückgeblieben, besonders was die Universitäten angeht. Das ist aber nicht den Missionen anzulasten, sondern der

Kolonialpolitik der Mächte, die besonders die Universitäten in ihre jeweiligen politischen Pläne einbezogen hatten.

Ein Kapitel für sich ist das studentische Austauschwesen. Zahlreiche junge Afrikaner gehen in die Ostblockländer, wo sie für den kommunistischen Atheismus gewonnen werden. Die Studenten, die nach Europa gehen, werden vielfach mit der geistigen Unsicherheit des Abendlandes infiziert. Nun ist man in den USA auf diese Tatsache aufmerksam geworden. Bisher sind kaum acht Prozent der Austauschstudenten an katholische Universitäten und Colleges vermittelt worden. Nun will man sich diesem Problem besonders widmen.

VII. Internationales Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften in Salzburg

Am 5. August 1961 weihte Erzbischof Dr. Andreas Rohrer in Salzburg das Internationale Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften. Dieses Zentrum ist im Zusammenhang der Bestrebungen um eine katholische Universität entstanden. Gegenwärtig sind folgende Institute im Aufbau begriffen: Institut für Wissenschaftstheorie (Univ.-Prof. P. Dr. Beda Thum O.S.B. und Prof. P. Dr. Warnach O.S.B.), Institut für Universalgeschichte (Dr. Alexander v. Randa), Institut für kirchliche Zeitgeschichte (Univ.-Doz. DDr. Norbert Miko), Institut für Soziologie und politische Wissenschaften (Dr. Schmölz), Ostinstitut (Univ.-Prof. Dr. Florian Winter). Zwei Institute (Religionswissenschaft und christliches Altertum, Leitung: Univ.-Prof. P. Dr. Michels O.S.B. und Dr. Vereno, und das Institut für vergleichende Erziehungswissenschaft, Leitung: Univ.-Prof. Dr. L. Prohaska) arbeiten bereits seit Jahren und haben sich durch zahlreiche Publikationen und Symposien einen Namen gemacht.

VIII. Verschiedene Nachrichten

Ende Juni wurde das päpstliche Breve bekannt, das das Statut der „Päpstlichen Deutschen Nationalstiftung Santa Maria dell' Anima“ in Rom enthält. Darnach wird in Zukunft der Rektor vom österreichischen Episkopat im Einvernehmen mit dem deutschen vorgeschlagen und vom Kardinalprotektor ernannt. Ist der Rektor Österreicher, wird der Vizerektor von Deutschland gestellt und umgekehrt. Als Nachfolger von Prälat Dr. Jakob Weinbacher, der als Generalvikar nach Wien zurückkehrt, wurde der Professor für neutestamentliche Bibelwissenschaft in St. Pölten, Domkapitular Msgr. Dr. Alois Stöger, zum neuen Rektor ernannt.

In Klosterneuburg konnte dieser Tage das „Bibelapostolat“, gegründet von Pius Parsch, auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. 400.000 Exemplare des Neuen und 20.000 des Alten Testaments wurden in diesem Zeitraum verbreitet.

Die Berufung des Berliner Bischofs, Kardinal Dr. Julius Döpfner, auf den Metropolitanstuhl von München-Freising hat gerade in der Zeit der verschärften Berlinkrise großes Aufsehen erregt. Vielleicht war für den Heiligen Stuhl der Umstand maßgebend, daß nach Berlin ein Bischof berufen werden soll, dem kein Hindernis in den Weg gelegt ist, die Gebiete der DDR zu besuchen. Vielleicht waren aber auch verschiedene Anzeichen dafür, daß in Westdeutschland die Zeit der Ruhe für die Kirche abläuft, maßgebend, den energischen Kirchenfürsten auf einen der wichtigsten kirchlichen Posten Deutschlands zu berufen. Zum neuen Bischof von Berlin ernannte Papst Johannes XXIII. bereits am 18. August den bisherigen Weihbischof Dr. Alfred Bengsch, einen gebürtigen Berliner, der im Ostsektor seinen Wohnsitz hat.

In Polen wurde vom Sejm ein Gesetz verabschiedet, durch das das Vermögen sowohl der katholischen wie der evangelischen Kirche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zum polnischen Staatseigentum erklärt wird. Vergeblich hatten sich die katholischen Abgeordneten der sogenannten „Znak-Gruppe“ gegen dieses Gesetz gewehrt.